

FASTENOPFERKONZEPT

lebensgrundlagen sichern | ressourcenzugang fördern



Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	1
2	KONTEXT UND THEMATIK.....	2
2.1	Herausforderungen.....	2
2.2	Begriffe und Definitionen	4
3	GRUNDPOSITIONEN, PRINZIPIEN UND KONZEPTE IN DER FASTENOPFER- ARBEIT.....	4
3.1	Grundpositionen	4
3.1.1	Option für die Armen	4
3.1.2	Solidarität.....	4
3.1.3	Hilfe zur Selbsthilfe.....	5
3.2	Prinzipien	5
3.2.1	Partizipation.....	5
3.2.2	Empowerment	5
3.2.3	Nachhaltigkeit.....	5
3.3	Konzepte	5
3.3.1	Gender.....	5
3.3.2	Konfliktsensitivität.....	5
3.3.3	Menschenrechte.....	6
3.3.3.1	Das Recht auf Nahrung - ein Menschenrecht	6
3.3.4	Ernährungssouveränität - Ernährungssicherheit.....	6
3.3.5	Sicherung der Subsistenz	7
4	HERAUSFORDERUNGEN DES FASTENOPFERS IN DER PROJEKT- UND PROGRAMMARBEIT	8
4.1	Natürliche Ressourcen.....	8
4.1.1	Land.....	8
4.1.2	Wasser	9
4.1.3	Klima und Luft.....	9
4.1.4	Biodiversität (Artenvielfalt) und lokales Saatgut.....	10
4.1.5	Abiotische Ressourcen: Rohstoffe und Bergbau	11
4.2	Ökonomische, soziale, politische und kulturelle Ressourcen.....	11
4.2.1	Lokale und internationale Märkte	11
4.2.2	Kapital: Ersparnisse und Kredit	12
4.2.3	Bildung, Information und Wissen.....	14
4.2.4	Arbeit	14
4.2.5	Gesundheit	15
4.2.6	Rechtssicherheit.....	15
4.2.7	Politische Partizipation	16
4.2.8	Kultur, Religion und Spiritualität	16

5	ADVOCACY UND LOBBYING, KAMPAGNENARBEIT UND SYNERGIEN	17
5.1	Advocacy & Lobbying (A & L)	17
5.2	Ökumenische Kampagnen	17
5.3	Synergien im Bereich „Lebensgrundlagen sichern – Ressourcenzugang fördern	17
6	HANDLUNGSPRINZIPIEN ZU AUSGEWÄHLTEN RESSOURCEN FÜR DIE UMSETZUNG IN DEN LANDESPROGRAMMEN.....	18
6.1	Fastenopfer Grundpositionen	18
6.2	Natürliche Ressourcen	19
6.3	Ökonomische Ressourcen.....	19
6.3.1	Selbstversorgung, Märkte, Fairer Handel und Arbeit.....	19
6.3.2	Spar- und Kreditsysteme	20
6.4	Soziale und kulturelle Ressourcen	20

1 Einleitung

Durch die biblische Vision vom Reich Gottes ist allen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen und religiösen Stellung – ein „Leben in Fülle“ (Joh 10,10) verheissen¹

Eine der Voraussetzungen eines „Lebens in Fülle“ ist eine gesicherte Lebensgrundlage. Millionen von Menschen können davon nur träumen, weil ihnen der Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen, die Voraussetzung für eine gesicherte Lebensgrundlage, verwehrt ist. Die Bibel thematisiert die Nutzung und Bewahrung der Schöpfung. „Der Mensch ist die Quelle, das Zentrum und das Ziel allen wirtschaftlichen und sozialen Lebens“.² Die unantastbare Würde jedes Menschen liegt theologisch darin begründet, dass er als Ebenbild Gottes geschaffen wurde (Genesis 1,27). Allerdings ist der Mensch selber auch Teil der Schöpfung und trägt Verantwortung für sie (Genesis 2,15). Setzen wir die Menschen als Ebenbilder Gottes in Verbindung mit der Sorge um die natürliche Welt, so können wir mit dem evangelischen Theologen Jürgen Moltmann sagen: „Die Konzentration der Lebensmittel und der Produktionsmittel in den Händen weniger muss als Verzerrung und Perversion der Gottesebenbildlichkeit des Menschen angesehen werden. Sie ist des Menschen unwürdig und widerspricht dem Recht Gottes auf den Menschen.“³ In vielen biblischen Büchern und auch in der Soziallehre wird zudem betont, dass die Arbeit der Menschen ihre Lebensgrundlagen sichern muss. Die Erde hat genügend Ressourcen, damit alle Menschen ausreichend zum Leben haben können. Dies bedingt allerdings, dass der Zugang zu den Ressourcen nicht in der Verfügungsgewalt einiger weniger liegt.

Hunger und Hungersnöte entstehen nicht durch unzureichend vorhandene Nahrungsmittel und treffen nicht alle sozialen Gruppen gleich, betont der Nobelpreisträger Amartya Sen.⁴ Seine drei Thesen zur Erklärung und zur Bewältigung von Hunger lauten:

- Je geringer die Möglichkeiten der Menschen, Lebensmittel zu produzieren, zu kaufen oder einzutauschen, desto anfälliger sind diese, an Hunger zu leiden (Verwirklichungschancen)
- Es ist entscheidend, ob und wie Gruppen und Individuen über Nahrung oder materielle Güter wie Land, Vieh und andere Produktionsmittel verfügen können (Ausstattung und Verfügungsgewalt)
- Es ist entscheidend, ob sich Gruppen und Individuen Wissen und Fähigkeiten aneignen können und ob sie sozialen Netzwerken angehören (Fähigkeiten). Ferner ist es von Bedeutung, auf welche Möglichkeiten Individuen und Gruppen zurückgreifen können, wenn sie mit Bedrohungen durch Klimawandel, Katastrophen, Dürre etc. konfrontiert sind (eigene Bewältigungsstrategien).

Das *Fastenopfer* setzt sich auf Grundlage seines Leitbildes und der drei Thesen Sens dafür ein, dass die ärmsten Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Südens ihre Handlungsmöglichkeiten, Verfügungsmöglichkeiten und –rechte sowie ihre Fähigkeiten und Bewältigungsstrategien schützen und verbessern können.

Das vorliegende „*Fastenopfer*-Konzept“ bildet den thematischen Rahmen für den Umgang mit dem vierten Kernthema „Lebensgrundlagen sichern – Ressourcenzugang fördern“ in der

¹ Vgl. Leitbild Fastenopfer.

² Vgl. Gaudium et Spes 63.

³ Jürgen Moltmann (1984): Politische Theologie – Politische Ethik. München/Mainz, S. 172.

⁴ Sen (2002): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, vgl. S. 110ff und S. 198ff.

Programm- und Projektarbeit. Adressat dieses Konzeptes sind in erster Linie die Programmverantwortlichen des *Fastenopfers*, lokale Koordinator/innen und Partnerorganisationen. Ziel des Konzeptes ist, Begriffe, Prinzipien und Grundpositionen zu klären, beispielhafte Erfahrungen des *Fastenopfers* und seiner Partnerorganisationen im Süden aufzugreifen sowie generelle Handlungsprinzipien in Bezug auf einzelne Ressourcen festzulegen. Es wird zu einem späteren Zeitpunkt ergänzt mit einem Instrumentarium (*Toolboxes*), in dem Kriterien für die Beurteilung vergleichbarer Projekte erarbeitet werden. Das Konzept soll auch in die entwicklungspolitische Advocacy und Lobbyarbeit sowie die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des *Fastenopfers* einfließen. Für eilige Leser/innen stellt Kapitel 6 zusammenfassend die vom *Fastenopfer* bearbeiteten Ressourcen sowie die Handlungsprinzipien für die Umsetzung in den Landesprogrammen vor .

Das Konzept wurde in Rücksprache mit verschiedenen Programmverantwortlichen erarbeitet. Es wurde am 7. Juli 2009 von der Geschäftsleitung genehmigt.

2 Kontext und Thematik

2.1 Herausforderungen

Wir sind weit davon entfernt, das erste Millenniums-Entwicklungsziel (MDG 1) zu erreichen, extreme Armut und Hunger bis 2015 zu halbieren. Über 920 Millionen Menschen leiden weltweit an Hunger und Mangelernährung. 80% der Betroffenen leben auf dem Land, wo Nahrung produziert wird. Reis, Weizen, Mais, Hirse und Knollenfrüchte sind die Nahrungsmittel der Ärmsten. 60-80% der Getreide werden von Frauen produziert.⁵ Im Gegensatz zu den Industrieländern werden in Entwicklungsländern die meisten landwirtschaftlichen Produkte von kleinbäuerlichen Betrieben produziert und vermarktet. In den meisten armen Ländern bildet die Landwirtschaft trotz eines sich tendenziell ausdehnenden Dienstleistungssektors nach wie vor den grössten Arbeitsmarkt.

Anfangs 2008 erreichte die Nahrungsmittelkrise mit Protestaktionen gegen die verteuerten Grundnahrungsmittel (Getreide, Speiseöl u.a.) in Ägypten, Haiti, Burkina Faso und anderen Ländern internationale Aufmerksamkeit. Zwar ist sie kein neues Phänomen, sie hat sich aber infolge stark gestiegener Agrotreibstoff-Produktion, Börsenspekulationen mit Grundnahrungsmitteln und erhöhter Nachfrage nach Nahrungsmitteln in Wohlstands- und Schwellenländern⁶ zugespitzt. Der Ursprung der Krise geht auf verfehlte Landwirtschafts- und Handelsstrategien, insbesondere auf die jahrzehntelange Vernachlässigung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu Gunsten einer Ressourcen monopolisierenden und globalisierten Agrarindustrie zurück. Die Nahrungsmittelkrise verdeutlicht, dass auf agroindustrielle Produktion und Nahrungsmittelimport ausgerichtete Wirtschaftsstrategien die Ernährung der Bevölkerung (insbesondere der Ärmsten) nicht nachhaltig sichern können. Internationale Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Netzwerke der Zivilgesellschaft fordern deshalb eine alternative Landwirtschaft, die eine selbst bestimmte kleinbäuerliche Produktion und eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen Wald, Küste und Wasser mit einschliessen. Eine solche muss auch lokales Wissen und Praktiken einer „traditionellen“ und nachhaltigen Landwirtschaft wie z.B. die Verwendung von organischem Dünger oder lokal entwickeltem Saatgut berücksichtigen.

⁵ Vgl. FAO (2008): The State of Food Insecurity in the World. High Food Prices and Food Security – Threats and Opportunities.

⁶ Dazu gehört auch die erhöhte Nachfrage nach Fleisch und Milchprodukten in Schwellen- und Wohlstandsländern. Zirka ein Drittel der weltweiten Getreideernte wird als Futtermittel für Nutzvieh verwendet. Aber nur 10% des verfütterten Getreides wird in Fleisch umgewandelt.

Die *Grüne Revolution* hat ihr Versprechen, die Weltbevölkerung zu ernähren und die Armut zu beseitigen, nicht gehalten. Im Gegenteil, ganze Landstriche sind durch den Einsatz von chemischem Dünger und Pestiziden unfruchtbar geworden. Die Artenvielfalt an lokal angepassten Nutzpflanzen und Tierarten hat abgenommen. Die agroindustrielle Produktion für den Export wird heute weltweit der kleinbäuerlichen Produktion für Lokal- und Regionalmärkte vorgezogen. Viele kleinbäuerliche Betriebe wurden in Abhängigkeit gezogen (z.B. von Hybrid-Saatgut). Die hoch verschuldeten Länder des Südens haben nicht zuletzt unter Druck der auferlegten Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank, aber auch wegen unvorteilhaften Handelsabkommen mit der EU, die kleinbäuerliche Produktion zugunsten einer exportorientierten Agrarwirtschaft vernachlässigt. Finanzmittel der internationalen Institutionen fließen deshalb vorab in die agroindustrielle Bewässerungslandwirtschaft, die auf den internationalen Markt ausgerichtet ist (Blumen, Gemüse etc). Hauptsächlich begünstigt sind besser gestellte und gut organisierte Bäuer/innen und exportorientierte Agrarunternehmen. Die Vertreter/innen der *Grünen Revolution* glauben nach wie vor, dass Ernährungssicherheit durch Importe gewährleistet werden kann. Der Bericht des Weltlandwirtschaftsrates IAASTD widerlegt dies jedoch deutlich.⁷

Das hohe Wirtschaftswachstum von Schwellenländern wie Brasilien, China und Indien ist eine Herausforderung. Die industrielle Produktion und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Soja, Baumwolle u.a.) in den Ländern des Südens halten ökologische und soziale Standards kaum ein. Auch wird z.B. im Sojaanbau gentechnisch manipuliertes Saatgut verwendet, dessen Auswirkungen auf die Umwelt bis heute nicht eingeschätzt werden können. Die Produktion von Agrotreibstoffen auf Basis von industriell angebaute Pflanzen (z.B. Zuckerrohr, Mais, Raps, Soja, Jatropha) fördert Monokulturen, die Abholzung von Wäldern und konkurriert mit der Produktion von Grundnahrungsmitteln. Sie begünstigt auch die Sklavenarbeit auf den Plantagen (z.B. in Brasilien).

Auch Klimawandel und Naturkatastrophen tragen zu mangelnder Ernährung und zu eingeschränktem Ressourcenzugang bei. Dies verdeutlicht der Bericht des internationalen Klimarates (IPCC) von 2007 über den Klimawandel. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Klimaerwärmung, dem CO₂-Ausstoss und anderen Treibhausgasen in der Atmosphäre. Nordamerika und Europa tragen die Hauptverantwortung. Sie produzieren zirka 70% des CO₂-Ausstosses. Tatsache ist, dass Naturkatastrophen in Zusammenhang mit Klimaerwärmung in den letzten Jahren zugenommen haben und die Auswirkungen auf die ärmeren Länder weit drastischer sind als auf die reichen. Dürren, Überschwemmungen, Stürme und steigende Meeresspiegel bewirken die Flucht von Millionen von Menschen und vermehren Konflikte um natürliche Ressourcen.⁸ Aus Mangel an Alternativen können „hungernde“ Menschen an der Übernutzung der Umwelt wie Abholzung und Überweidung beteiligt sein. Menschen, die keine oder sehr eingeschränkte Möglichkeiten haben, mit Bedrohungen umzugehen oder eigene Bewältigungsstrategien zu entwickeln, sind besonders verwundbar.⁹ Nomaden können in der Trockenzeit die Dürregebiete verlassen. Wenn ihnen diese Bewältigungsstrategie aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen verwehrt bleibt (z.B. Zugangsverweigerung durch Ackerbauer/innen), droht ihnen Hunger. Der Konflikt um Ressourcen verursacht wiederum Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen oder Nationen und führt zur Zunahme von Umweltflüchtlingen.¹⁰

⁷ Vgl. http://www.agassessment.org/docs/IAASTD_EXEC_SUMMARY_JAN_2008.pdf; April 2009.

⁸ Vgl. IPCC, International Panel on Climate Change (2007) und BFA/Fastenopfer, Einblick Nr.1 (2008).

⁹ Vgl. Robert Chambers (1993): Putting the Last First; sowie Amartya Sen (2002)

¹⁰ Es wird von etwa 25 Mio. Umweltflüchtlingen ausgegangen. Vgl. L'Hebdo, 11. Dezember 2008.

2.2 Begriffe und Definitionen

Das *Fastenopfer* nimmt die untenstehende Auswahl an Ressourcen vor und definiert sie wie folgt:

Natürliche Ressourcen: Land, Wasser, Luft, Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren, Saatgut, abiotische Rohstoffe

Ökonomische, kulturelle, soziale und politische Ressourcen: Land, Kapital (Einkommen, Ersparnisse, Kredite), Märkte, Arbeit, Bildung/Information/Wissen, Gesundheitsversorgung, politische Partizipation, Rechtssicherheit sowie Kultur, Religion und Spiritualität

Lebensgrundlagen: Nahrung, Bekleidung, Unterkunft, gesundes Trinkwasser, sanitäre Einrichtungen, Transportmittel, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Arbeit, gesunde Umwelt, Freiheit und Sicherheit

Das *Fastenopfer* versteht unter „Lebensgrundlagen sichern – Ressourcenzugang fördern“, dass alle Menschen – Individuen und Gemeinschaften - Ressourcen und Lebensgrundlagen respektieren, schützen, verteidigen und für die Nachwelt bewahren und dass Ressourcen und die Befriedigung elementarer Bedürfnisse eingefordert und dauerhaft gesichert werden. Diese Definition wird auf Basis des in 2007 verabschiedeten Menschenrechtskonzepts des *Fastenopfers* um die menschenrechtliche Dimension des Kernthemas „Lebensgrundlagen sichern – Ressourcenzugang fördern“ ergänzt.¹¹

3 Grundpositionen, Prinzipien und Konzepte in der *Fastenopfer*-Arbeit

Das *Fastenopfer* bezieht sich beim Kernthema „Lebensgrundlagen sichern – Ressourcenzugang fördern“ wie bei seinen anderen Kern- und Transversalthemen auf eigene und international diskutierte Positionen, Prinzipien und Konzepte.

3.1 Grundpositionen¹²

3.1.1 Option für die Armen

Das *Fastenopfer* ist der „vorrangigen Option für die Armen“ verpflichtet, wie sie aus der Praxis und Erfahrung der christlichen Basisgemeinden in Lateinamerika geboren und unter Johannes Paul II zum Leitmotiv der katholischen Kirche wurde.¹³ Mit der „vorrangigen Option für die Armen“ sucht das *Fastenopfer* in seiner Pastoral- und Entwicklungszusammenarbeit die am meisten benachteiligten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu erreichen und deren Rechte, Möglichkeiten und Fähigkeiten zu stärken.

3.1.2 Solidarität

Das *Fastenopfer* knüpft mit am Netz der Solidarität und setzt sich als Anwalt für die Armen und Entrechteten ein. In Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen ergreift es in der Öffentlichkeit und gegenüber Entscheidungsträgern Partei für sie. In seiner Pastoral- und Entwicklungszusammenarbeit arbeitet es mit Partnerorganisationen und Basisbewegungen in den ärmsten Regionen.

¹¹ Vgl. Menschenrechtskonzept des Fastenopfers sowie vorliegendes Papier, S.6.

¹² Für Grundpositionen, siehe Fastenopfer Leitbild.

¹³ Vgl. Fastenopfer Pastorkonzept „Gemeinden bilden – Glauben leben, S. 9.

3.1.3 Hilfe zur Selbsthilfe

Gemeinsam mit lokal verwurzelten Partnerorganisationen werden Initiativen der selbstbestimmten Entwicklung benachteiligter Bevölkerungsgruppen gefördert. Das *Fastenopfer* unterstützt sie im Bemühen, die Benachteiligung zu überwinden und ihre Rechte auf Zugang zu Ressourcen und der Sicherung der Lebensgrundlagen einzufordern.

3.2 Prinzipien

3.2.1 Partizipation

Das *Fastenopfer* versteht unter Partizipation eine aktive, freie, sinnvolle und selbst bestimmte Teilnahme von Frauen und Männern auf allen Ebenen von Entscheidungsfindungsprozessen.¹⁴ Diese sollen sich an der Definition und Gestaltung von Entwicklungsprozessen (z.B. an Produktionsprozessen) beteiligen sowie an öffentlichen Dienstleistungen (z.B. Gesundheitsvorsorge und Bildung) teilhaben können.

3.2.2 Empowerment

Das *Fastenopfer* definiert *Empowerment* wie folgt: Frauen und Männer befähigen sich individuell und kollektiv, um auf einer gesellschaftlichen Meso- und Makroebene ihre Rechte einzufordern, sich gegen ungerechte Strukturen zu wehren und sich aktiv am politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Dabei sollen Frauen und Männer die lokalen sozialen, kulturellen, politischen, und wirtschaftlichen Ressourcen durch ihre vorhandenen spezifischen Fähigkeiten und Erfahrungen so stärken, dass sie ihre Lebensgrundlage sichern und sich gegen ungerechte Machtstrukturen wehren können.¹⁵

3.2.3 Nachhaltigkeit

Unter Nachhaltigkeit versteht das *Fastenopfer*, die Bedürfnisse der heutigen Generation mit den Lebens- und Entwicklungschancen künftiger Generationen zu verknüpfen. Es geht darum, ökonomische, ökologische, soziale Ressourcen zu respektieren, zu schützen und für die heutige und zukünftige Generationen zu bewahren. Das Prinzip der Nachhaltigkeit wird in allen Aktivitäten des *Fastenopfers* berücksichtigt.

3.3 Konzepte

3.3.1 Gender

Für das *Fastenopfer* stellt die Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung aufgrund des biologischen Geschlechts die Grundlage jeglicher Pastoral- und Entwicklungszusammenarbeit dar. In seiner Arbeit mit den Partnerorganisationen unterstützt das *Fastenopfer* deshalb sowohl Frauen wie Männer darin, den Zugang zu, die Verfügungsgewalt und die Rechtssicherheit über lebensnotwendige Ressourcen zu sichern.

3.3.2 Konfliktsensitivität

Die Projekt- und Programmarbeit des *Fastenopfers* ist konfliktsensitiv in dem Sinn, als bestehende Konflikte mit geeigneten Methoden identifiziert, bewusst gemacht und zu einer gewaltlosen Transformation geführt werden. Das *Fastenopfer* legt ein besonderes Augenmerk auf die Konfliktivität, die sich aus einem erschwerten oder verhinderten Zugang zu Ressourcen oder einer verschiedenen beanspruchten Verfügungsgewalt darüber ergeben.¹⁶

¹⁴ Vgl. Fastenopfer Genderkonzept, S. 9.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Vgl. Fastenopfer Konzept Friedensförderung.

3.3.3 Menschenrechte

Für das *Fastenopfer* ist der Einsatz für die Menschenwürde grundlegend und deshalb auch das Engagement für die Menschenrechte. Die Grundlagen hierzu bieten einerseits die katholische Soziallehre und andererseits die Gesamtheit der international festgelegten Menschenrechte.¹⁷ Die Pastoral- und Entwicklungszusammenarbeit des *Fastenopfers* setzt sich zusammen mit seinen Partnerorganisationen für die Durchsetzung der Rechte der ärmsten Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf die Sicherung der Lebensgrundlagen, der Nahrung und des Ressourcenzugangs ein.

3.3.3.1 Das Recht auf Nahrung - ein Menschenrecht

Das Recht auf Nahrung ist ein seit 1948 völkerrechtlich verankertes individuelles Menschenrecht und in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehalten. Etwa 160 Staaten haben bis anhin den UN Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte ratifiziert und verpflichten sich gemäss ihrer Möglichkeiten dieses Recht zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte definiert das Recht auf Nahrung wie folgt:

*„Das Recht jeden Mannes, jeder Frau und jedes Kindes, allein und in Gemeinschaft mit anderen jederzeit und in Würde physischen und wirtschaftlichen Zugang zu angemessener Nahrung oder den Mitteln zu ihrer Erlangung zu haben“*¹⁸.

Die Leitlinien der FAO zur Durchsetzung des Recht auf Nahrung gehen einen Schritt weiter und schliessen konsequenterweise auch den regelmässigen und freien Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut, eine Arbeit in Würde sowie soziale Sicherungssysteme mit ein.¹⁹ Die Verpflichtungen zum Recht auf Nahrung gelten sowohl gegenüber Menschen im eigenen Territorium als auch gegenüber solchen, die in anderen Ländern leben. Ein Staat ist verpflichtet das Recht auf Nahrung zu verteidigen, wenn transnationale Konzerne im Bereich der Rohstoffförderung (Erdöl, Gold) Indigene und Kleinbauern vertreiben und sie ihrer Lebensgrundlagen berauben. Kein Staat darf durch eigene Massnahmen (z.B. staatliche Bürgschaften für Projekte, die zu Vertreibungen führen) oder durch sein Verhalten in internationalen Organisationen das Recht auf Nahrung von Menschen in anderen Ländern verletzen. Jeder Staat muss das Recht auf Nahrung gewährleisten, indem er den Zugang zu Nahrung sicherstellt. Das Recht auf Nahrung ist eng mit den anderen Menschenrechten (z.B. Recht auf Gesundheit, Wasser etc) verbunden.²⁰

3.3.4 Ernährungssouveränität - Ernährungssicherheit

Ernährungssouveränität²¹ ist ein politisches Konzept und bedeutet für das *Fastenopfer* im Sinne der *Via Campesina*, der Internationalen Bewegung Bäuer/innen, das Recht aller Nationen und Volksgruppen, ihre Landwirtschaftspolitik selber zu definieren. Diese sollen die einheimische landwirtschaftliche Produktion und den Handel schützen und regulieren dürfen, um ihr Mass an Selbstversorgung zu bestimmen. Um das zu erreichen, müssen sie sich vor Dumping-Exporten schützen dürfen. Ernährungssouveränität lehnt den Handel nicht ab, sondern fordert eine Landwirtschafts- und Handelspolitik, welche das Recht der Nationen und Volksgruppen auf Nahrung und eine sichere, gesunde und ökologisch nachhaltige

¹⁷ Vgl. Fastenopfer Konzept Menschenrechte.

¹⁸ Für das Zitat siehe UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (1999): Rechtskommentar Nr.12. Ansonsten vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948): Artikel 25; Internationaler Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (1966): Artikel 11.

¹⁹ FAO (2004): Voluntary Guidelines to Support the Progressive Realization of the Right to Adequate Food in the Context of National Food Security. Diese Leitlinien wurden von 187 FAO Mitgliedstaaten ratifiziert.

²⁰ Vgl. Ester Wolf und Miges Baumann (2008), EinBlick Nr 2, S. 9f., Olivier de Schutter (2009): Taking the Right to Food Seriously. Analysis by the Special Rapporteur on the Right to Food. High Level Meeting on Food Security for All, Madrid, 26-27 January, 2009.

²¹ Ebenda, S. 8; Fastenopfer Aktionsmagazin 2008, S.9-10, sowie www.viacampesina.org.

Produktion stützen. Diese Produktion sollte vorrangig, jedoch nicht ausschliesslich für den lokalen und regionalen Markt bestimmt sein. Das Konzept Ernährungssouveränität orientiert sich an Kleinbäuer/innen: Es fordert eine sozialverträgliche Handelspolitik, die kleinbäuerliche Betriebe vor dem Agrobusiness und vor Dumpingimporten schützt. Der Faire Handel mit ökologisch nachhaltigen Produkten ist eine wichtige Einkommensquelle für kleinbäuerliche Betriebe. Dabei gilt alternativen Vermarktungskonzepten in den Südländern eine besondere Beachtung: Lokale Märkte und kurze Transportwege erhöhen die Wertschöpfung. Nachhaltige, naturnahe und kostengünstige Methoden sowie an die lokalen Bedingungen angepasstes Saatgut sind wichtige zusätzliche Elemente für eine bessere Selbstversorgung und ertragsreichere Produktion. Ernährungssouveränität beinhaltet auch das Recht der Verbraucher/innen zu entscheiden, was sie konsumieren und wie und von wem die Produkte erzeugt werden.

Ernährungssouveränität schliesst das Recht auf Nahrung und Ernährungssicherheit mit ein. **Ernährungssicherheit** ist ein technischer Begriff und bedeutet, dass alle Menschen jederzeit physischen und ökonomischen Zugang zu ausreichend gesicherter und nährstoffreicher Nahrung haben, um die täglichen Bedürfnisse decken zu können und gesundes und aktives Leben zu führen. Sie kann auch Nahrungsmittelhilfe beinhalten.

3.3.5 Sicherung der Subsistenz

Das *Fastenopfer* versteht darunter ein Konzept, das auf den Lebensunterhalt und das Überleben von Kleinproduzenten/innen (Bäuer/innen, Fischer/innen und Viehhalter/innen) ausgerichtet ist. Sicherung der Subsistenz meint, dass die wirtschaftliche Produktion von Kleinproduzenten/innen zuerst deren unmittelbaren Nahrungsmittelbedürfnisse so weitgehend wie möglich gewährleistet und damit die Abhängigkeit von einer ausschliesslich für den Markt orientierten Produktion verhindert. Dies schützt die Ernährungssituation der Kleinproduzenten/innen bei Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte auf dem internationalen Markt und verhindert deren Verschuldung gegenüber Geldverleiher/innen. Subsistenzsicherung ist aber nicht automatisch mit Selbstversorgung oder wirtschaftlicher Autarkie gleichzusetzen. Sie kann auch die Produktion von Gütern für den Markt mit einschliessen, wobei den lokalen und regionalen Märkten Vorrang vor dem nationalen und internationalen Markt gegeben wird. Dies geschieht entweder über die Vermarktung einer Überschussproduktion von Grundnahrungsmitteln oder über einen gewissen Prozentsatz spezifisch für den Markt angebaute Produkte. Für den Markt produzierte Erzeugnisse können eine wichtige Einkommensquelle für kleinbäuerliche Betriebe sein, sofern gute Rahmenbedingungen (z.B. ausreichende Produktionsfläche, Saatgut und Marktzugang) gegeben sind. Die Sicherung der Subsistenz ist ein wesentlicher Bestandteil bei der Förderung von Ernährungssouveränität.²²

Das *Fastenopfer* fördert die Sicherung der Subsistenz, wo landwirtschaftliche Produktion vorhanden. Als Konzept für den ländlichen Raum eignet sie sich nicht für Menschen, die im Dienstleistungssektor tätig sind. Arme Menschen in Städten oder vorstädtischen Siedlungen haben zwar manchmal kleine Gärten oder Nutzpflanzen in Kübeln, aber sie brauchen andere Einkommensquellen. Um ihre Lebensgrundlagen und ihr Recht auf Nahrung sichern zu können, brauchen sie gesicherte Arbeitsrechte, starke Sozialsysteme und Zugang zu Kapital (z.B. für Händler/innen im informellen Sektor).

²² Es gibt zahlreiche Definitionen zu Subsistenz und Subsistenzwirtschaft. Für *Fastenopfer* ist „Subsistenzsicherung“ weniger eine Definition als ein Konzept, das in Verbindung mit Ernährungssouveränität gesehen werden muss.

4 Herausforderungen des *Fastenopfers* in der Projekt- und Programmarbeit

Im Folgenden werden die Ressourcen beschrieben zu denen das *Fastenopfer* arbeitet. Die natürlichen Ressourcen sind je nach Kontext gleichzeitig auch ökonomische, politische, soziale und kulturelle Ressourcen.

4.1 Natürliche Ressourcen

4.1.1 Land

Land ist sowohl eine natürliche als auch eine ökonomische Ressource. Zugang und Nutzung von Land, schliesst auch den Zugang zu Wäldern, Küsten, Flüsse und Meere ein. Deren dauerhafte Nutzung ist für Kleinbäuer/innen, Viehhalter/innen und Fischer/innen - für sesshafte und nomadisierende Gesellschaften - in vielen Ländern nicht ausreichend gesetzlich geregelt. Frauen gehören oft zu den Marginalisierten in Bezug auf Landrechte. Im Weiteren unterliegt die Nutzung von besonders fruchtbarem oder mit Rohstoffen angereichertem Land häufig staatlichem Hoheitsrecht, über welches Staaten Nutzungsrechte im Rahmen von Fischereiabkommen, Abholzungs- und Minenkonzessionen an Investor/innen vergeben. Ungerechte Landverteilung ist eine Hauptursache für Armut: In verschiedenen Ländern Lateinamerikas besitzen wenige Familien einen Grossteil des Landes, während Tausende von Landlosen“ im Rahmen einer Landreform auf ein Stück Land warten, um sich ernähren zu können. Häufig gehen die Landreformen nur schleppend voran oder sie fehlen völlig. Oft werden im Kampf um den Zugang zu Land Menschenrechte massiv verletzt (z.B. Philippinen, Brasilien, Guatemala, Südafrika).

Die agroindustrielle Produktion hat verheerende Auswirkungen auf die arme ländliche Bevölkerung und deren Zugang zu natürlichen Ressourcen. Zudem trägt sie zur Zerstörung der natürlichen Umwelt bei. Dies ist besonders der Fall, wenn Regierungen eine ausschliesslich neoliberale Handels- und Landwirtschaftspolitik verfolgen und keinen politischen Willen zeigen, auch Strategien zum Schutz von Kleinproduzent/innen durchzusetzen. Rechtssicherheit in Bezug auf Landtitel und –nutzung gibt es für letztere in vielen Ländern des Südens nicht. In manchen Ländern existieren konkurrierende traditionelle und staatlich geprägte Rechtssysteme, welche die Lösung der Landfrage zusätzlich erschweren. Es ist auch wesentlich, ob Menschen individuelles Eigentumsrecht und/oder kollektives Nutzungsrecht einfordern können. Interessenskonflikte um Land gibt es auch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen wie beispielsweise zwischen Viehzüchter/innen und Ackerbäuer/innen in der Sahelzone. Konflikte um den Zugang zu und die Verfügungsmacht über Land und andere natürliche Ressourcen nehmen zu. Dies wird sich infolge des Klimawandels noch verstärken.

Mit dem Erhalt des gewünschten Eigentumstitels an Land sind die Probleme der Bevölkerung oft noch nicht gelöst. Fehlt es an Produktionsmitteln, landwirtschaftlichem Wissen, Infrastruktur, Märkten und staatlichen Dienstleistungen, sehen sich manche Menschen gezwungen, ihr Land zu verkaufen, um überleben zu können. Auch sind Menschen nach Gewalttaten, Kriegen und anderen Katastrophen oft so traumatisiert, dass es ihnen an Zuversicht, Selbstvertrauen und an gesellschaftlicher Verankerung fehlt, um ihr Land wieder bebauen zu können.

- Die Partnerorganisation **CERD** in **Montragon** auf den **Philippinen** engagiert sich in Zusammenarbeit mit der lokalen Regierung in der lokalen Verwaltung und Nutzung der Küstenzonen. Die Bevölkerung nutzt nun die Küsten- und Meeresressourcen nachhaltiger. CERD setzt auf Advocacy & Lobbying, die schonende Fangmethoden und die Wiederherstellung der Mangrovenwälder anstrebt.

- Die Partnerorganisation **TCOE-Khanyisa** in der Ostkapprovinz von **Südafrika** unterstützt Kleinbäuer/innen und Landlose darin, eigene Organisationen aufzubauen und Land einzufordern. Im Bewusstsein darum, dass Zugang zu Land allein nicht reicht, um als Bäuer/in überleben zu können, vermittelt TCOE auch Informationen über staatliche Dienstleistungen sowie Wissen zu Landbau und Vermarktung. TCOE berücksichtigt Gendergerechtigkeit sowohl bei allen Aktivitäten als auch auf institutioneller Ebene. TCOE ist stark in die Advocacy & Lobbyarbeit zur Neuschreibung der südafrikanischen Landreform und zu Ernährungssouveränität involviert.

4.1.2 Wasser

Nur wer Zugang zu Land hat, kann Wasserquellen (Meer, Flüsse, Grundwasser) nutzen. Die zunehmende Versteppung in der Sahelzone - nicht zuletzt wegen der Klimaerwärmung - und der Wassermangel zwingen z.B. Viehhalterfamilien immer früher, mit ihrem Vieh in Ackerbaugebiete abzuwandern. Dies führt zunehmend zu inner- und zwischenstaatlichen Nutzungskonflikten um Wasser, Weide- und Ackerland.

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen bleibt für viele Menschen in den städtischen Armutsvierteln und auf dem Land problematisch. Sauberes Wasser ist aber Grundlage einer jeglichen Entwicklung, fördert Hygiene, verhindert Krankheiten und ist für die Nahrungszubereitung essentiell. Die Tendenz zahlreicher Staaten, die Wasserverwaltung zu privatisieren, hat die Verfügbarkeit von Wasser für die ärmste Bevölkerung meist nicht verbessert. Privatunternehmen verfügen zwar über mehr Mittel, um in die Infrastruktur zu investieren. Doch sie orientieren sich vorrangig an der eigenen Gewinnmaximierung und nicht an Bedürfnissen und Kaufkraft der Ärmsten. Staatliche Regulierung und Subventionen an die Ärmsten wären für den Zugang zu Wasser für alle im Falle einer privatisierten Wasserversorgung unabdingbar. Auf internationaler Ebene setzen sich Nichtregierungsorganisationen für eine internationale Wasserkonvention ein, die Wasser als öffentliches Gut schützt und das Recht auf Wasser für alle verbindlich fest schreibt.²³

- Die Partnerorganisation **Bamtaare** in **Nordsenegal** unterstützt die Bevölkerung von 80 kleinen Dörfern darin, bei den lokalen Regierungsstellen Brunnen einzufordern. Das Wasser wird gemeinschaftlich für den menschlichen Gebrauch, für das Kleinvieh oder den Gemüseanbau genutzt.

4.1.3 Klima und Luft

Die Klimaerwärmung, eine der grössten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wird vorwiegend von Nordamerika und Europa verursacht. Sie trifft die Ärmsten am stärksten, jene am die am wenigsten dazu beigetragen haben. Längere und häufigere Dürren, Überschwemmungen und steigende Meeresspiegel haben verheerende Auswirkungen auf Menschen, die alltäglich das Überleben meistern müssen und schon heute kaum Wasserknappheit und Ernteschwankungen bewältigen können.

Die globalen Temperaturen steigen pro Jahrzehnt um ca. 0.2°C. Als Wendepunkt gilt eine Erwärmung von 2°C. Eine Überschreitung dieser Marke würde nicht mehr rückgängige Änderungen des Weltklimas zur Folge haben. In der von 189 Staaten ratifizierten UNO-Klimakonvention von 1992 wurden zwar gemeinsame Ziele formuliert, die dem Klimawandel entgegensteuern sollten. Doch viele Staaten, unter anderen die Schweiz, haben ihre Verpflichtungen bisher nicht eingehalten. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass die Hauptverursacher/innen des Klimawandels ihre Verantwortung anerkennen und schnell

²³ Vgl. Global+, Dokument 4, April 2004.

und umfassend handeln. Das *Fastenopfer* unterstützt den Ansatz der Entwicklungsrechte im globalen Treibhaus (*Greenhouse Development Rights, GDR*), der die Hauptverursacher/innen in die Pflicht nimmt und globale soziale Gerechtigkeit fordert. Der GDR-Ansatz will: „Gerechtigkeit in der Entwicklung, indem die Kosten der CO₂-Reduktion auf jene verteilt werden, die fähig sind, sie zu tragen und am stärksten für den Klimawandel verantwortlich sind“.²⁴ Das *Fastenopfer* hat den Klimawandel entwicklungspolitisch sowohl in der ökumenischen Kampagne 2009 als auch im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Netzwerken *Alliance Sud* und *CIDSE* aufgegriffen.

- Das *Fastenopfer* und *Brot für Alle* haben 2008 eine **Klimapetition an den Schweizer Bundesrat** lanciert, die eine massive Reduktion des CO₂-Ausstosses fordert und verlangt, dass das neue Klimaabkommen von 2009 den benachteiligten Menschen im Süden das Recht auf Entwicklung zugesteht. Die Petition ist Teil der internationalen Klimakampagne von *CIDSE* und *Caritas Internationalis*.²⁵
- Das *Fastenopfer* und *Brot für Alle* haben 2008 einen **Spezialfonds für Klima und Entwicklung** eingerichtet. In einer Pilotphase entwickeln Partnerorganisationen von *Fastenopfer* in **Kolumbien** und **Burkina Faso** Projekte zum Schutz des Klimas. Bauernfamilien werden für den Klimaschutz sensibilisiert und lernen gleichzeitig CO₂-bindende Anbaumethoden anzuwenden. Dies fördert eine nachhaltige Produktionsweise (Adaption) und schont das Klima (Mitigation).
- Das *Fastenopfer* ist über **Alliance Sud** zusammen mit 54 Schweizer Organisationen der „**Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik**“ beigetreten, welche im Rahmen eines Manifestes eine aktive, verantwortungs- und wirkungsvolle Klimapolitik der Schweiz fordert.

4.1.4 Biodiversität (Artenvielfalt) und lokales Saatgut

Vier Grundnahrungsmittel (Mais, Weizen, Reis und Kartoffeln) liefern 60% der Energiezufuhr der Weltbevölkerung. Von den ursprünglich über 10'000 Sorten, die Bäuer/innen über Tausende von Jahren kultiviert und entwickelt haben, sind in den letzten hundert Jahren über 75% verloren gegangen.²⁶ Ressourcen arme Bäuer/innen reproduzieren eigenes Saatgut und sind die Hüter/innen der Artenvielfalt für Nutzpflanzen. Wenn sie daran gehindert werden, Saatgut zu lagern, reproduzieren, weiterzuentwickeln, zu tauschen und zu verkaufen, dann hat dies erheblichen Einfluss auf die globale Artenvielfalt. Heute kontrollieren die zehn grössten Saatgutfirmen etwa 30% des Marktes für Saatgut und versuchen, im Windschatten der Nahrungskrise zunehmend auch Kleinbäuer/innen für Hybrid- oder gentechnisch verändertes Saatgut zu gewinnen. Hybrid- und gentechnisch verändertes Saatgut können Bäuer/innen nicht mehr selbst reproduzieren, sie verlieren die Verfügungsmacht über ein wichtiges Produktionsmittel. Es werden Abhängigkeiten von einigen wenigen Konzernen geschaffen, die Marktpreise diktieren und mittels Patentrechten den Zugang zu Saatgut einschränken und kontrollieren. Damit die Bevölkerung nicht ihres geistigen Eigentums beraubt werden kann, fordern einige Nichtregierungs- und Basisorganisationen die Revision des TRIPS–Abkommens der Welthandelsorganisation (WTO)²⁷. Die natürliche Umwelt mit ihrer Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren ist Lebensgrundlage ihrer Bewohner/innen und soll von ihnen selbst verwaltet werden. Dazu

²⁴ Vgl. EinBlick 1/2008: Gerechtigkeit im Klimawandel. Hg. Brot für alle/Fastenopfer, S. 3-7 u. S. 19.

²⁵ <http://www.oekumenischekampagne.ch/cms/index.php?id=205> und http://www.fastenopfer.ch/data/media/dokumente/entwicklungspolitik/globale_gerechtigkeit/klimagerechtigkeit/klimagerechtigkeit_cidse_2008.pdf.

²⁶ Vgl. Mijarc (2008): Seeds – Foundation of Global Food Security. A Publication for the World Food Day.

²⁷ Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an Geistigem Eigentum); siehe auch www.wto.org/english/res_e/booksp_e/analytic_index_e/trips_01_e.htm, Mai 2009.

muss lokales Wissen zur Bewirtschaftung und Erhaltung des Lebensraums geschützt und verteidigt werden.

- Die Partnerorganisation **MASIPAG** in **Mindanao** auf den **Philippinen** schafft für die lokalen Bauernorganisationen eine Alternative zu den von der grünen Revolution eingeführten Hohertragssorten und zu den gentechnisch veränderten Reissorten. MASIPAG begleitet die Bauernorganisationen dabei, traditionelles Saatgut für den ökologischen Reisanbau zu züchten und somit an die lokalen Bedingungen anzupassen. Das Projekt verknüpft bäuerliches Wissen mit Expert/innenwissen. MASIPAG ist international vernetzt.
- Die landwirtschaftliche Fakultät der **Universität Kasai** in der **Demokratischen Republik Kongo** entwickelt zusammen mit bäuerlichen Basisorganisationen, Partner des *Fastenopfers*, lokal angepasstes hochwertiges Saatgut von Mais, Reis, Erdnuss und Nyebe. Die Bäuer/innen bauen auf ihren Gemeinschaftsfeldern unter Anleitung landwirtschaftlicher Fachkräfte das selbst entwickelte verbesserte Saatgut an.

4.1.5 Abiotische Ressourcen: Rohstoffe und Bergbau

Rohstoffe wie Gold, Kupfer, Platin, Diamanten, Coltan, Kohle und Erdöl sind nicht für die unmittelbare Sicherung der Lebensgrundlagen der ärmsten Bevölkerung notwendig, aber ihr Abbau hat fast immer verheerende Folgen für die Bevölkerung. Rohstoffabbau führt insbesondere zu Vertreibung und Enteignung der dort ansässigen Bevölkerung: Dieser wird die materielle und häufig auch die spirituelle (Indigene mit traditionellen Religionen) Lebensgrundlage entzogen. Da es keine ökologischen Auflagen bei Bergbaukonzessionen gibt, sind die Gebiete nach jahrelangem Abbau verseucht und unfruchtbar und bilden eine gesundheitliche Gefahr für die Menschen. Tagelöhner und Wanderarbeiter (Frauen sind hier selten) arbeiten meist unter miserablen Arbeitsbedingungen und unter hohen gesundheitlichen Risiken im Bergbau. Die Bergbaufirmen, nationale und multinationale Konzerne, umgehen nicht selten die internationalen Arbeitsrechte. Getrennt von ihren Familien gehen die Männer häufig käufliche sexuelle Beziehungen ein und tragen wesentlich zur Verbreitung von HIV/Aids bei. Nicht zuletzt nutzen multinationale Bergbaukonzerne innerstaatliche Krisen, um günstig und oft illegal Rohstoffabbau zu betreiben (z.B. Demokratische Republik Congo). Das *Fastenopfer* setzt sich mit seinen Landesprogrammen und der entwicklungspolitischen Arbeit ein für die Rechte der Minenarbeiter, den Schutz der Umwelt sowie für die Einführung einer Rechenschaftspflicht multinationaler Konzerne und die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber der betroffenen Bevölkerung.

- Der Projektpartner **PACS** (Instituto Políticas Alternativas para o Cone Sul) setzt sich zusammen mit Gemeinden von Fischer/innen im westlichen Peripheriegebiet von Rio, **Brasilien** gegen die Errichtung des grössten Stahlwerkes Lateinamerikas der Firma Thyssen Krupp ein. Das Werk, bereits im Bau, bedroht Fauna und Flora einer Naturschutzzone (u.a. Mangroven) sowie die Lebensgrundlage der Fischer/innen. Die Arbeit von PACS beinhaltet Bewusstseinsbildung und Unterstützung des Lobbying der Fischer/innen bei der brasilianischen Regierung und in Deutschland.

4.2 Ökonomische, soziale, politische und kulturelle Ressourcen

4.2.1 Lokale und internationale Märkte

Lokale Märkte sind nicht nur Orte, wo gehandelt wird, sondern auch Orte des Informationsaustausches und der Beziehungspflege. Für bäuerliche Kleinproduzent/innen ist der Zugang zum lokalen, d.h. zum nächst gelegenen Markt wichtig, um ihre Überschussproduktion oder ihre direkt für den Markt produzierten Güter mit minimalem Transportaufwand verkaufen zu können. Mit dem Ertrag kaufen sie zusätzliche

Nahrungsmittel, Medikamente oder bezahlen Schulgeld und landwirtschaftliche Geräte. Kleinproduzent/innen verfügen über eine rudimentäre Ausstattung (Land, Saatgut, Vieh, landwirtschaftliche Geräte etc.) und können ihre Subsistenz häufig nicht sichern.

Im Gegensatz dazu steht der internationale Markt für landwirtschaftliche Güter, den sich wenige multinationale Agrar- und Lebensmittelkonzerne untereinander aufteilen. Diese sichern sich monopolartig den Zugang zu Saatgut, medizinischen Wirkstoffen und zu pflanzlichen Rohstoffen wie z.B. Kakao und Kaffee für die agroindustrielle Produktion. Viele multinationale Konzerne verletzen soziale und ökologische Standards und Menschenrechte. Sie profitieren einerseits von den Regierungen des Nordens durch Exportrisikogarantien und -subventionen, andererseits von der Günstlingswirtschaft korrupter Eliten in manchen Ländern des Südens. Die multilateralen Finanzinstitutionen Weltbank und IWF sowie EU und WHO (Welthandelsorganisation) haben zudem über Strukturanpassungsprogramme und Handelsabkommen (z.B. *European Partnership Agreements*, EPAs) Regierungen der ärmsten Länder zur Öffnung ihrer Märkte gedrängt. Der Abbau der Einfuhrzölle und das Streichen der Subventionen in den Ländern des Südens haben zu einer Überflutung ihrer Märkte mit ausländischen Agrarprodukten (z.B. asiatischer Reis auf afrikanischen Märkten) geführt. Mit deren Dumpingpreisen können regionale Anbieter/innen nicht mithalten. Es gibt immer mehr Kleinproduzent/innen, die die eigene Versorgung nicht mehr sichern können, „weil der Markt keine Teilnahmemöglichkeit für sie vorsieht“.²⁸ Das *Fastenopfer* setzt sich für Fairness im internationalen Handel, beispielsweise für den Abbau von Agrarsubventionen im Norden und für die Umsetzung des Konzeptes der Ernährungssouveränität ein: Die Länder des Südens sollen ihre Agrar- und Handelspolitik selbst bestimmen und Schutzmechanismen einführen dürfen sowie Kleinproduzent/innen in Produktion und Vermarktung ihrer Erzeugnisse schützen und fördern. Diese können nur von der Globalisierung profitieren, wenn Produktion und Vermarktung ihrer Güter im Rahmen des nationalen oder internationalen Fairen Handels erfolgen. Hier werden Marktrisiken durch bessere Marktanalysen, Mindestpreise und durch Vernetzung von Produzent/innen und Konsument/innen vermindert und soziale und ökologische Standards festgelegt.

- Die Partnerorganisation **C.P.U.R. Centro de Juliaca** in **Peru** unterstützt die Bevölkerung der Quechua und Aymaras nicht nur in der Produktion, sondern auch in der Verarbeitung und Vermarktung von Quinoa. Die Vermarktung erfolgt lokal, national und international.
- Die **Max Havelaar-Stiftung**²⁹ wurde von verschiedenen Schweizer Hilfswerken, darunter *Fastenopfer*, gegründet. Sie verbessert durch Fairen Handel die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Kleinbäuer/innen und Plantagenarbeiter/innen in benachteiligten Regionen. Die Max Havelaar-Stiftung ist Mitglied der internationalen Organisation *Fairtrade Labelling Organizations* (FLO) und orientiert sich an deren internationalen *Fairtrade* Standards.

4.2.2 Kapital: Ersparnisse und Kredit

Menschen brauchen Zugang zu Kapital (in Form von ersparten Naturalien, Geld oder Krediten), um Nahrungsmittel, Medikamente und Schulmaterial zu kaufen, Schulden zu tilgen oder zu verhindern, um Feste auszurichten und um in Produktionsmittel oder in Kleinhandel zu investieren. Über Jahrzehnte haben die Weltbank und weitere Entwicklungsorganisationen Kleinkreditprogramme als *das* Instrument zur Armutsbekämpfung und wirtschaftlichen Einbettung der Frauen gepriesen und Milliarden investiert. 2006 erhielt Muhammed Yunus den Friedensnobelpreis für seine in den 1970er Jahren entwickelte Idee der Grameen-Bank, die armen Frauen in Bangladesh Zugang zu

²⁸ Martina Backes (2009): Es ist angerichtet, in *iz3w*, Nr. 310, S.23.

²⁹ Vgl. <http://www.maxhavelaar.ch>.

Kleinkrediten ermöglicht. Neben allen Erfolgsmeldungen zu den Grameen Banken, gibt es auch verschiedene fundierte kritische Studien zu Mikrokrediten, die zuwenig zur Kenntnis genommen werden. Im Zentrum stehen zwei Fragen: Helfen externe Kredite den wirklich Ärmsten, ihre Lebenssituation nachhaltig zu verbessern? Welche Spar- und Kreditsysteme sind für welche Zielgruppen geeignet? Die Studien der CGAP (*Consultative Group to Assist the Poor*), ein Zusammenschluss aus 33 im Mikrofinanzwesen tätigen Entwicklungsorganisationen belegen, dass Spar- und Kreditprojekte schlechter funktionieren, wenn sie mit externen Geldern unterstützt werden, während solche, die Kredite auf Basis von Gruppensparnissen vergeben, nachhaltiger wirken. Positive Ergebnisse wurden beim Verbinden einer gut funktionierenden Spargruppe mit einer regionalen Bank oder formellen Finanzinstitution (*linkage model*) erzielt, sofern die Begleitung der Spargruppen professionell war.³⁰ Wenn es darum geht, die Ärmsten zu erreichen und ihre Lebensgrundlagen nachhaltig zu verbessern, greifen jedoch die Mehrheit der heutigen Mikrokreditprogramme nicht: Dies ist auf die für die Ärmsten verhängnisvolle Kopplung von Mikrofinanzierung mit einkommensfördernden Tätigkeiten zurückzuführen. Solche Systeme verbessern zwar das Selbstwertgefühl armer Menschen und deren Ansehen im Dorf, führen aber mittelfristig meist zu einer (zusätzlichen) Verschuldung der Betroffenen: Diese können aufgrund ihrer extremen Armut ihre Schulden kaum begleichen, weil sie die Kredite vorrangig in nicht Gewinn erwirtschaftende Aktivitäten (Deckung von Grundbedürfnissen und Notfällen) investieren. Im Weiteren verdrängen Projekte, die externe Kreditkomponenten eingeführt haben, oft tradierte informelle Formen des kollektiven Sparens und der Solidarität.³¹

Die vom *Fastenopfer* in Auftrag gegebene externe Evaluation von Spar- und Kreditkomponenten und –projekten in sämtlichen Landesprogrammen kommt zu ähnlichen Erkenntnissen wie die oben erwähnten Studien³². Sie weist zudem auf die wichtige Funktion der Spargruppen bei der Schuldenprävention und Entschuldung, bzw. der Verminderung von Abhängigkeit und Ausbeutung hin. Von 16 Landesprogrammen verfügen 13 über Spar- und Kreditprojekte oder –komponenten. Bei der Mehrheit basiert die Kreditvergabe auf den Ersparnissen von selbst verwalteten Gruppen. Sie orientieren sich an den ärmsten Bevölkerungsgruppen und begünstigen Empowerment-Prozesse. Spar- und Kreditsysteme, die externe Kredite einschliessen (z.B. *matching* und *revolving funds*) sind die Ausnahme und sollten – so die Evaluationsempfehlung - von im Finanz- und Mikrokreditwesen spezialisierten Institutionen begleitet und unterstützt werden.

- In **Indien**, in den Bundesstaaten Chhattisgarh, Jharkhand und Orissa, arbeitet die Partnerorganisation **TREND** (Training and Education for Development) in 300 Siedlungen mit Adivasi (Indigenen) zusammen. Zusammengeschlossen in eigenen Dorfgemeinschaften mit gemeinsamen Spargruppen und Reisbanken überwinden die Adivasi ihre Schuldknechtschaft, d.h. ihre Abhängigkeit von Grossgrundbesitzer/innen und Geldverleiher/innen. Mit Begleitung von TREND fordern sie ihre Rechte ein.
- *Fastenopfer* fordert in seiner entwicklungspolitischen Arbeit ethische Geldanlagen zu berücksichtigen und legt eigene Mittel unter anderem bei **Oikocredit** an. Oikocredit hat in der Entwicklungsfinanzierung Pionierarbeit geleistet und ist heute einer der weltweit größten Refinanzierer im Mikrofinanz-Sektor.

³⁰ Vgl. CGAP (Focus Note n° 36, Community-Managed Loan Funds: Which Ones Work? Mai 2006. http://www.cgap.org/portal/binary/com.epicentric.contentmanagement.servlet.ContentDeliveryServlet/Documents/FocusNote_36.pdf.

³¹ Christa Wichterich (2007): Kleine Kredite, grosser Mythos, In: TAZ, 10.7.07. <http://www.taz.de/index.php?id=archiv&dig=2007/07/10/a0001>.

³² Für eine ausführliche Darstellung der Resultate und Empfehlungen vgl. Caroline Schlauffer (2008): Evaluation von Spar- und Kreditkomponenten und –projekten in Fastenopfer Landesprogrammen.

4.2.3 Bildung, Information und Wissen

Bildung beinhaltet sowohl formelle als auch nicht formelle Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die Millenniums-Entwicklungsziele 2 und 3 fordern eine Grundschulausbildung für Kinder und die Förderung der Geschlechtergleichheit in Bezug auf Bildung. Laut MDG Bericht von 2006 gingen 2003 in Entwicklungsländern nur 30% der Kinder auf dem Land in die Primarschule, wobei bei Mädchen die Einschulungsrate besonders tief lag.³³ Eine gute Ausbildung verringert das Risiko an Hunger zu leiden und bietet eine bessere Ausgangslage, Bewältigungsstrategien zu entwickeln. Erwachsenenbildung, zum Beispiel nach der Paulo Freire Pädagogik, ermöglicht Männern und Frauen mit bescheidener oder fehlender Schulbildung, ihre Fähigkeiten in der Familie und der Gemeinschaft weiterzuentwickeln (z.B. Ämter zu übernehmen).

Bildung, Information und Wissen sind mehr als Ressourcen, sondern auch Instrumente, die den Zugang zu den anderen Ressourcen überhaupt erst ermöglichen. Der Zugang zu umfassendem Wissen und Information ist die Voraussetzung, dass Menschen ihre Rechtsansprüche, den Zugang zu Land und Wasser oder zum Markt einfordern, verteidigen und so ihre Lebensgrundlagen sichern können. Bildung, Wissen und Information sind auch Voraussetzung dafür, dass Menschen als aktive Bürger/innen ihre politischen Pflichten wahrnehmen können. Das *Fastenopfer* fördert sowohl in allen 16 Landesprogrammen des Südens als auch in der entwicklungspolitischen Arbeit in der Schweiz einen gerechten Zugang zu Bildung, Wissen und Information.

- Das Projekt der Frauenorganisation **Madre Tierras**, zur Ausbildung und Selbstermächtigung von weiblichen Führungspersonen, ist Teil des vom *Fastenopfer* unterstützten Friedensprogramms der Region IXIL in **Guatemala**. Die Frauen werden in guatemalteckischer Politik, Staatskunde und Lobbyarbeit geschult sowie in Organisationsentwicklung gefördert, damit sie ihre eigenen Gemeindestrukturen demokratischer gestalten können. Auch reflektieren die Frauen Geschlechterbeziehungen im Hinblick auf Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen.

4.2.4 Arbeit

Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht und „jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert“, so die völkerrechtliche Grundlage, die sich in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als auch bei der Internationalen Arbeitsorganisation IAO findet³⁴. Darauf gründen auch die IAO Konventionen zu den Sozialstandards. Das Konzept der menschenwürdigen Löhne (*living wages*), dem sich das *Fastenopfer* verpflichtet, umfasst nicht nur einen existenzsichernden Lohn, sondern auch die Möglichkeit, kleine Ersparnisse zu bilden oder Ferien machen zu können. Die Realität in den Ländern des Südens sieht anders aus: Die Arbeitsbedingungen in Minen, auf Plantagen und in der Textil- und Elektronikindustrie sind häufig menschenunwürdig: Menschen werden verknechtet und entmenschlicht. Betroffene Staaten setzen in den wenigsten Fällen Arbeitsrechte durch und lassen dem Missbrauch freie Hand. In seiner Programm- und Projektarbeit sowie in der Entwicklungspolitik setzt sich deshalb das *Fastenopfer* ein für: Gerechte Arbeitsbedingungen, Berücksichtigung der staatlichen Mindeststandards, Arbeiten ohne Gesundheitsgefährdung, gesetzlich limitierte Arbeitszeiten, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, das Prinzip der Nicht-Diskriminierung in Bezug auf Geschlecht,

³³ Vgl. <http://unstats.un.org/unsd/mdg/Resources/Static/Products/Progress2006/MDGReport2006.pdf>.

³⁴ Allg. Erklärung der Menschenrechte, Art. 23,

<http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/kernarbeitsnormen/index.htm> oder

http://www.humanrights.ch/home/de/Instrumente/Weitere-UNO-Organen/ILO/idart_3705-content.html.

Religion, Ethnie, gesellschaftlichen Status und sexuelle Orientierung sowie generell für die Einhaltung der IAO Kernarbeitsnormen.

- **Batay Ouvriyé**, Partnerorganisation des *Fastenopfers*, kämpft in **Haiti** gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen in den haitianischen Freihandelszonen an. Batay Ouvriyé ist ein Zusammenschluss von gewerkschaftlichen Basisorganisationen der Arbeitenden aus Industrie und Landwirtschaft. Die Fabrikarbeiter/innen werden über Arbeitsrechte informiert und bekommen Rechtshilfe bei Konflikten.
- Mit der aktiven Unterstützung der Kampagnen Clean Clothes und High Tech – No Rights? setzt sich *Fastenopfer* gegen missbräuchliche Arbeitsbedingungen in der Kleider- und Computerindustrie zu Wehr. Dort sind Lohndumping, ungenügender Schutz vor Giftstoffen oder fehlende Arbeitsverträge an der Tagesordnung. Ziel der Kampagnen ist die Respektierung der fundamentalen Kernarbeitskonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Als Erfolg in der Clean Clothes Kampagne ist zu werten, dass zum Beispiel Switcher und Mammut den Clean Clothes Kodex unterschrieben haben und sich mit der Kampagne für unabhängige Kontrollen bei der Kleiderproduktion engagieren. In der Computerproduktion setzten Veränderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nur zögerlich ein.³⁵

4.2.5 Gesundheit

Der Zugang zum Gesundheitswesen liegt für die Mehrheit der ärmsten Bevölkerung in den südlichen Ländern, insbesondere im subsaharischen Afrika, in weiter Ferne. HIV/Aids ist die Armutsfalle schlechthin. Arme Menschen sind einer Ansteckung mehr ausgesetzt als reiche. Weltweit sind laut UNAIDS 33.2 Millionen Menschen HIV infiziert, 68% davon leben im subsaharischen Afrika.³⁶ Basisversorgung im Gesundheitswesen ist eine zentrale Aufgabe eines jeden Staates und soll, so die Auffassung des *Fastenopfers*, von den armen Ländern des Südens in Zusammenarbeit mit staatlicher Entwicklungszusammenarbeit angegangen werden. Deshalb beschränkt sich das *Fastenopfer* auf die Unterstützung von Partnerorganisationen und deren Projekte, die Informationen über die vorhandenen Gesundheitssysteme und insbesondere über die Verbreitung und die Prävention von HIV/Aids bei der ärmsten Bevölkerung verbessern und der Stigmatisierung von HIV/Aids betroffenen Personen und ihren Familien entgegenwirken. Es geht auch darum, die Bevölkerung zu motivieren, ihre diesbezüglichen Rechte beim Staat einzufordern und die bestehenden staatlichen Dienstleistungen zu nutzen zu können.

- Die ökumenische Partnerorganisation **PACSA** (Pietermaritzburg Agency for Christian Social Awareness) arbeitet in der Region **Kwa-Zulu-Natal**, in **Südafrika** mit Gemeindegruppen, Kirchen und lokalen Führungskräften. Sie verbindet Fragen von HIV/AIDS mit Geschlechtergerechtigkeit und wirkt der Stigmatisierung von HIV/Aids Betroffenen entgegen.

4.2.6 Rechtssicherheit

Rechtssicherheit meint staatliche Verantwortung, Verbindlichkeit und Rechenschaftspflicht (*accountability*) bezüglich der gesetzlichen Verpflichtungen, die dieser Staat seinen Bürger/innen, anderen Staaten und juristischen Personen gegenüber eingegangen ist. Rechtssicherheit verlangt nach einem funktionierenden juristischen System, bei dem Klage erhoben sowie Kontrolle, Klärung und Entschädigung eingefordert werden können. Die Rechtssicherheit ist ein Grundwert eines jeden Rechtsstaates und als Menschenrecht in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 9-12) festgeschrieben. In armen

³⁵ Vgl. <http://www.fair-computer.ch>.

³⁶ Die verwendeten Zahlen basieren auf den Statistiken der UNAIDS von 2007: <http://www.unaids.org>.

Ländern und in Ländern, die von stark von Korruption, Konflikten oder Kriegen betroffen sind, ist Rechtssicherheit jedoch häufig nicht garantiert. Menschen, deren Grundrechte und Menschenwürde verletzt worden sind (z.B. vergewaltigte Frauen und Kinder, vertriebene Landarbeiter/innen), können die Verletzung ihrer Rechte oft weder einklagen noch eine Entschuldigung oder Entschädigung erlangen. Die arme Bevölkerung verfügt häufig nicht einmal über das nötige Wissen, welche Rechte ihr überhaupt zustehen und wohin sie sich bei Rechtsverletzungen wenden kann. Das *Fastenopfer* unterstützt Partnerorganisationen, die von Menschenrechtsverletzungen betroffene Menschen und deren Gemeinschaften Zugang zu Polizeistellen, Spitälern und Gerichten vermitteln und sie eventuell beim Gang zu einem Amt begleiten. Das *Fastenopfer* unterstützt auch Projekte, die anwaltschaftlich für und mit der armen Bevölkerung bei lokalen, regionalen nationalen Regierungsstellen Rechtssicherheit einfordern und verteidigen.

- Die Partnerorganisation **Women Ressource Centre** im Distrikt **Makueni, Kenia** bildet Freiwillige als Laienanwältinnen (vorwiegend Frauen) aus. Diese setzen sich einerseits für die Bewusstseinsbildung in ihren Gemeinden zu Gewalt an Frauen ein; andererseits unterstützen und begleiten sie die Opfer von Gewalt oder Sexualdelikten von der Erstattung einer Anzeige bis zur Gerichtsverhandlung. Die Laienanwält/innen sind nicht nur eine lokale Anlaufstelle für die Opfer, sondern es hat sich auch gezeigt, dass die Behörden die von ihnen begleiteten Gerichtsfälle, schneller und sorgfältiger behandeln.

4.2.7 Politische Partizipation

Das Recht auf politische Partizipation ist im Artikel 21 der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte festgehalten: „Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken.“ Damit verknüpft ist auch das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern sowie das Recht auf gleiche und freie Wahlverfahren.³⁷ In Ländern im Bürgerkrieg und/oder mit autokratischen Herrschenden werden Menschen an ihren staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten oft massiv gehindert oder gar verfolgt, wenn sie ihre politische Meinung kundtun. Das *Fastenopfer* unterstützt Partnerorganisationen und deren Projekte, die Menschen über ihre politischen Rechte und Pflichten informieren und diese mit den Menschen gemeinsam einfordern.

- Die *Fastenopfer* Partnerorganisation **CRESFED** (Centre de Recherche et de Formation Economique et Sociale pour le Développement) in **Haiti** bildet lokale Führungskräfte in staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten aus und versucht zusammen mit lokalen Basisorganisationen einer aktiven und staatsbürgerlichen Kultur zum Durchbruch zu verhelfen. Nur auf Grundlage einer lokalen demokratischen Kultur kann in Haiti Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch auf nationaler Ebene Realität werden.

4.2.8 Kultur, Religion und Spiritualität

Zur Sicherung der Lebensgrundlagen sind nicht nur materielle Ressourcen und staatliche Dienstleistungen nötig. Es ist ebenso wichtig, dass kulturelle Werte, Religion und Spiritualität aller Menschen gewährleistet und respektiert werden. Kulturelle Werte, Religion und Spiritualität bilden den tieferen und ganzheitlichen Bezugsrahmen, von dem aus Menschen ihre Herkunft erfahren, Zuversicht und Kraft schöpfen und ihre Ideen und Handlungen ableiten, überdenken und rechtfertigen. Kulturelle und religiöse Zugehörigkeiten werden immer wieder zu politischen und ökonomische Zwecken instrumentalisiert und zur Schürung von Konflikten missbraucht (z.B. in Kenya 2008). Das *Fastenopfer* unterstützt seine Partnerorganisationen dabei, den Zugang zu kulturellen Werte, Religion und Spiritualität zu

³⁷ Vgl. <http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm>, März 2009.

garantieren und zu verteidigen³⁸, aber auch im Sinne des konfliktsensitiven Arbeitens³⁹ andere kulturelle Werte und Religionen zu respektieren.

- Am Partnertreffen 2008 tauschen die **haitianischen** Partnerorganisationen des *Fastenopfers* ihre Erfahrungen zu Kultur und Religion aus. Es geht um besseres Kennenlernen der eigenen kulturellen Wurzeln und Identität (Voudou und Katholizismus), Aufwertung des individuellen und nationalen Selbstwertgefühls und um einen echten interreligiösen Dialog. Tabus und Ängste vor anderen Kulturen und Religionen sollen abgebaut werden. Der Austausch trägt ebenso zur Verbesserung der Kooperation des Partnernetzwerkes vom *Fastenopfer* bei.

5 Advocacy und Lobbying, Kampagnenarbeit und Synergien

5.1 Advocacy & Lobbying (A & L)

Angesichts der weltweit wachsenden Kluft zwischen Armen und Reichen setzt sich das *Fastenopfer* für eine menschengerechte und nachhaltige Entwicklung ein. Das *Fastenopfer* fördert in der Schweiz das Bewusstsein, dass wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Probleme weltweit verknüpft sind. Ganzheitliche Entwicklung, wie sie das *Fastenopfer* versteht, setzt bei den Ursachen an und fordert zur Veränderung ungerechter Strukturen heraus. Das A&L Engagement des *Fastenopfers* zum Kernthema „Lebensgrundlagen sichern – Ressourcenzugang fördern“ konzentriert sich auf die Themenbereiche Ernährungssouveränität, Recht auf Nahrung und Einhaltung der ökologischen und sozialen Standards multinationaler Konzerne. Hier arbeitet das *Fastenopfer* eng zusammen mit *BfA (Brot für alle)*, *Alliance Sud* und der *CIDSE* (z.B. Trade and Food Security Group). Beispiele von A&L sind die oben erwähnten *High Tech – No Rights?* und *Clean Clothes* Kampagnen sowie die ökumenische Kampagne zur Klimagerechtigkeit (siehe unten). Im Weiteren setzt sich das *Fastenopfer* im Rahmen des UNO-Programms *Financing for Development* für eine nachhaltige Finanzierung von Entwicklung ein.

5.2 Ökumenische Kampagnen

Das Kernthema „Lebensgrundlagen sichern - Ressourcenzugang fördern“, obschon erst später so benannt, widerspiegelt sich in den ökumenischen Kampagnen seit deren Beginn in den 1960er Jahren. Es wurde je nach Ausrichtung der Kampagne eher unter einer biblischen oder unter einer menschenrechtlichen Perspektive aufgegriffen, und es wurden unterschiedliche Ressourcen hervorgehoben (z.B. Arbeit 2007 und Nahrung und Klima 2008).

5.3 Synergien im Bereich „Lebensgrundlagen sichern – Ressourcenzugang fördern“

Folgende Auflistung gibt die wichtigsten Partner des *Fastenopfers* in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zum Kernthema „Lebensgrundlagen sichern – Ressourcenzugang fördern“ an:

Im Rahmen der **Alliance Sud** (Arbeitsgemeinschaft der sechs grossen Hilfswerke der Schweiz)⁴⁰ setzt sich das *Fastenopfer* dafür ein, dass Armut weltweit reduziert wird (*Global Call To Action Against Poverty*). In der Schweiz wird seit einigen Jahren eine Erhöhung der

³⁸ Vgl. Arbeitsmappe der DEZA zu Religion und Spiritualität sowie Pastoralkonzept des *Fastenopfers*.

³⁹ Vgl. Friedensförderungskonzept des *Fastenopfers*.

⁴⁰ *Fastenopfer* ist Mitglied von *Alliance Sud*. Vgl.: <http://www.alliancesud.ch>.

Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttoinlandprodukts gefordert. Die *Alliance Sud* setzt sich ferner für faire Handelsbedingungen ein und gegen die einseitige Ausrichtung des Weltmarktes zugunsten transnationaler Konzerne. Im Rahmen von Symposien, zum Beispiel zu „Welcher Handel nützt den Armen“, setzt sie in der Schweizer Öffentlichkeit politische Akzente. *Alliance Sud* bearbeitet auch die Ressource „Wasser“ und ist Mitinitiantin des Arbeitskreises „Wasser – ein öffentliches Gut“. Dieser sensibilisiert die Schweizer Gemeinden für das Thema Wasser und tritt den schleichenden Privatisierungstendenzen in der Schweiz aktiv entgegen. *Alliance Sud* setzt sich zudem für eine internationale Wasserkonvention ein, die Wasser als öffentliches Gut schützt und das Recht auf Wasser für alle verbindlich erklärt.

Brot für alle (BfA), ökumenischer Kampagnenpartner des *Fastenopfers*, arbeitet zum Recht auf Nahrung und hat dazu 2008 eigens eine Fachstelle eingerichtet, mit welcher das *Fastenopfer* in regelmässigem Austausch steht.

In der **CIDSE** (Internationaler Zusammenschluss katholischer Hilfswerke) besteht eine Arbeitsgruppe zu Handel und Nahrungssicherheit (TFS - *trade and food security*) mit Vertreter/innen der Mitgliederorganisationen, darunter auch *Fastenopfer*. Die TFS engagiert sich dafür, Armut zu bekämpfen und Handelsregeln einzufordern, die der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit Vorrang geben und das Recht auf Nahrung für alle gewährleisten. TFS integriert die Frage nach gerechten Geschlechterbeziehungen in all ihren Forderungen.

6 Handlungsprinzipien zu ausgewählten Ressourcen für die Umsetzung in den Landesprogrammen

6.1 *Fastenopfer* Grundpositionen

- Das *Fastenopfer* verfolgt einen Empowerment-Ansatz: Frauen und Männer stärken ihre sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Ressourcen auf Basis ihrer spezifischen Fähigkeiten und ihres Potentials (Talente, Wissen, Erfahrungen und eigene Ressourcen). Das *Fastenopfer* verzichtet dabei weitgehend auf eine direkte materielle Hilfe an die Bevölkerung in seinen Programmen und Projekten. Es unterstützt das Bestreben, Investitionen in landwirtschaftliche Produktion, Verarbeitung, Vermarktung, Kleinhandel, Viehzucht und Handwerk aus eigenen Mitteln (individuelle und kollektive Ersparnisse) zu tätigen. Dadurch wird das Risiko von Verschuldung und Abhängigkeit von Geldverleiher/innen, Saatguthändler/innen, aber auch von internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit verkleinert.
- Das *Fastenopfer* macht immer Bezüge zu den konkreten Menschenrechten (vgl. Menschenrechtskonzept). Beim Kernthema „Lebensgrundlagen sichern – Ressourcenzugang fördern“ kommt daher dem „Recht auf Nahrung“ und dem Entgegenwirken von Menschenrechtsverletzungen durch Transnationale Konzerne besondere Bedeutung zu.
- Das *Fastenopfer* fördert Bewusstseinsbildung, Informationsvermittlung und A&L Arbeit im Hinblick auf die Rechte der Ärmsten über natürliche Ressourcen wie Land, Saatgut usw. Diese werden bei der Einforderung ihrer Rechte unterstützt. Die Bedürfnisse der Bevölkerung nach verschiedenen Rechtsformen (Privateigentum, Kollektiveigentum, Nutzungsrechte) werden respektiert.

- Das *Fastenopfer* unterstützt Bestrebungen, welche die Verfügungsgewalt der benachteiligten Bevölkerung über Produktionsmittel wie Land, Wasser, Saatgut und abiotische Rohstoffe stärkt.
- Das *Fastenopfer* unterstützt Bestrebungen zu Einforderung und Absicherung der Rechtssicherheit und politischen Partizipation aus der Perspektive des vom *Fastenopfer* verfolgten Menschenrechtsansatzes.
- Bei der Einforderung und Verteidigung des Zugangs zu Ressourcen fördert das *Fastenopfer* konfliktsensitives Vorgehen (z.B. Verwendung von *Do No Harm* oder weiteren psychosoziale Ansätzen).
- Das *Fastenopfer* stellt sicher, dass Geschlechtergerechtigkeit bei allen Bestrebungen hinsichtlich „Lebensgrundlagen sichern – Ressourcenzugang fördern“ berücksichtigt wird. *Fastenopfer* fördert Projekte, die Frauen und Männer gleichermaßen darin unterstützen, den Zugang zu, die Verfügungsmacht und die Rechtssicherheit über lebensnotwendige Ressourcen zu sichern.
- Das *Fastenopfer* fördert die Vernetzung von Partnerorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, um Rechte auf und die Verfügungsmacht über natürliche, ökonomische soziale, politische und kulturelle Ressourcen einzufordern. Erfahrungen sollen vertieft und vervielfältigt werden.

6.2 Natürliche Ressourcen

- Das *Fastenopfer* unterstützt eine ökologische und sozialverträgliche Land-, Wald- und Küstennutzung: Es fördert lokal angepasste Anbau- Fischfang- und Viehzuchtmethoden, die mit der natürlichen Umwelt (Land, Wasser, Luft, Fauna und Flora) schonend umgehen.
- Das *Fastenopfer* unterstützt Kleinproduzent/innen in der Produktion von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln wie Saatgut oder Kompost. Diese soll von den Kleinproduzent/innen selbst handhabbar sein und kontrolliert werden. *Fastenopfer* unterstützt auch A&L Initiativen, die Kleinproduzent/innen vor Übergriffen nationaler und transnationaler Konzerne schützen (z.B. bei der Einführung und Verbreitung von gentechnisch verändertem Saatgut).
- Das *Fastenopfer* fördert Projekte und entwicklungspolitische Bestrebungen, die auf ein nachhaltiges Wassermanagement abzielen und die sich für die Einklagbarkeit von Wasserrechten einsetzen.

6.3 Ökonomische Ressourcen

6.3.1 Selbstversorgung, Märkte, Fairer Handel und Arbeit

- Das *Fastenopfer* arbeitet mit Gruppen von Kleinproduzent/innen (Bäuer/innen, Viehhalter/innen, Fischer/innen), deren landwirtschaftliche Produktion vorrangig zur Selbstversorgung und für den lokalen Markt dient oder mit solchen, die im Fairen Handel tätig sind. Das *Fastenopfer* orientiert sich dabei an den Konzepten der Ernährungssouveränität, der Subsistenzsicherung und dem Recht auf Nahrung.
- Das *Fastenopfer* fördert Projekte und Initiativen, die Kleinproduzent/innen und städtischen Kleinhändler/innen den Zugang zu lokalen Märkten ermöglichen und die diese vor Dumpingpreisen internationaler Firmen schützen.
- Das *Fastenopfer* unterstützt Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen mit benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Rahmen von Kollektiven (Kooperativen etc.) und nur unter Sicherstellung einer längerfristigen Finanzierung und professionellen

Begleitung (Controlling). Ökologische und soziale Standards - vergleichbar mit dem Fairen Handel – müssen bestimmt sein und Risikoanalysen durchgeführt werden.

- Das *Fastenopfer* unterstützt in seiner Programm- und Projektarbeit Bewusstseinsbildung zu den Rechten der Arbeitnehmenden sowie den Zugang zu Rechtsberatung in Bezug auf Arbeitsrechte.

6.3.2 Spar- und Kreditsysteme

- Das *Fastenopfer* beschränkt seine Interventionen in Spar- und Kreditsystemen in der Regel auf Spar- und Kreditsysteme, die vorzugsweise auf selbst verwalteten Spargruppen basieren. Die Gruppensparnisse (in Geld oder Naturalien) bilden die Grundlage für die zu vergebenden Kredite („warmes“ Geld, interne Kredite).
- Das *Fastenopfer* unterstützt in Ausnahmefällen die Verbindung von gut funktionierenden Spargruppen mit professionellen Mikrofinanzinstitutionen. Klare und überprüfbare Kriterien der Zusammenarbeit sowie eine finanztechnisch professionelle Begleitung müssen gewährleistet sein. Es ist auf eine klare Rollentrennung zwischen Mikrokreditinstitutionen und anderen Begleitorganisationen zu achten: Eine Bildungsorganisation kann nicht gleichzeitig Bildungsarbeit betreiben und ausstehende Kreditraten eintreiben.
- Die jeweiligen Spar- und Kreditsysteme sind in den soziokulturellen und ökonomischen Kontext des Landes eingebettet und angepasst. Es gibt keinen universal gültigen Ansatz.
- Das *Fastenopfer* unterstützt in seinen Programmen keine Finanzinstitute, Kreditlinien in Organisationen oder Spargruppen, die ausschliesslich mit externen Krediten arbeiten („kaltem“ Geld).

6.4 Soziale und kulturelle Ressourcen

- Das *Fastenopfer* unterstützt im Bereich Bildung nur nicht formelle Bildung für Jugendliche und Erwachsene, da davon ausgegangen wird, dass der Staat in erster Linie verantwortlich ist für die formale Bildung (Subsidiaritätsprinzip). Das *Fastenopfer* liefert aber dort Unterstützung, wo Partnerorganisationen zusammen mit der Bevölkerung staatliche Dienstleistungen in Bezug auf Bildung und Wissen einfordern müssen.
- Das *Fastenopfer* fördert zudem den Wissens- und Informationstransfer innerhalb der Bevölkerung des Südens sowie zwischen seinen Partnerorganisationen (z.B. Wissen über Saatgut, Marktpreise, lokales Wissen etc.).
- Gesundheitsprojekte, insbesondere solche im kurativen Gesundheitswesen sind Aufgabe eines Staates oder einer bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Das *Fastenopfer* konzentriert sich deshalb auf Informationsvermittlung, Bewusstseinsbildung und insbesondere auf HIV/Aids Prävention und den Abbau der ökonomischen, sozialen, politischen, kulturellen und religiösen Stigmatisierung von HIV/Aids Betroffenen.
- Das *Fastenopfer* unterstützt in seiner Programm- und Projektarbeit Initiativen, die kulturelle Werte, Religion und Spiritualität von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Kulturen und Religionen garantieren und verteidigen und im Sinn eines konflikt sensitiven Vorgehens respektieren. Das *Fastenopfer* fördert auch den ökumenischen und interreligiösen Dialog.